

Die Kantonspolizei wird moderner

Der administrative Aufwand soll deutlich reduziert werden

Von Markus Vogt

Basel. Mit dem Projekt «Kapo 2016» will sich die Kantonspolizei erneuern und die administrativen Prozesse verschlanken. Dazu muss sie moderner werden, die Abläufe vereinfachen und mit heute gebräuchlichen Mitteln zu Werke gehen. In erster Linie sollen es moderne und mobile Lösungen sein: Zum Beispiel sollen die Polizeiangehörigen nicht mehr Rapporte auf Fresszettel schreiben und hinterher im Büro in den Computer tippen müssen.

«Wenn die Polizei weniger Zeit für administrative Arbeit einsetzen muss, können mehr Polizisten Dienst auf der Strasse leisten», sagte denn auch Tanja Soland (SP) als Präsidentin der Sicherheitskommission (JSSK). Das Projekt sei zwar mit relativ hohen Kosten verbunden (10,185 Millionen Franken), doch dieses Geld sei sinnvoll investiert.

Die Kantonspolizei hofft, gegen 50 Prozent Aufwand einsparen zu können.

Das Geschäft fand reihum gute Aufnahme, nur beim Grünen Bündnis nicht. Man habe noch grundlegende Fragen, bemerkte Beat Leuthardt (GB), weshalb man das Geschäft zurückweisen wolle. Zum Beispiel sei nicht hinreichend begründet, dass die Polizeiangehörigen wirklich entlastet würden. Er wollte auch wissen, wie sich 80 000 Schreibtischstunden einsparen lassen. Leuthardt, noch keine Stunde im Rat dabei, weil er eben erst für seinen BastA!-Kollegen Urs Müller nachgerückt war, musste sich darauf sagen lassen, dass von seiner Fraktion zwei Vertreter in der Kommission sassen und ihm die Auskunft hätten geben können.

Dass mit dem administrativen Leerlauf Schluss sein soll, sei sehr zu begrüssen, befand André Auderset (LDP). Christian Meidinger (SVP) lobte eben-

falls: Polizeiunterlagen kämen künftig auf den Bildschirm jedes Polizisten. Aufgrund von Erfahrungen an anderen Orten wie Zürich könne man davon ausgehen, dass das Geld gut investiert werde, sagte Otto Schmid (SP). Jetzt werde die längst fällige technische Anpassung vorgenommen, sagte Christian Griss (CVP). Mit 83:5 Stimmen wurden die 10,185 Millionen Franken bewilligt.

Als erledigt abgeschlossen wurden zwei Vorstösse. Der eine stammte von Christian von Wartburg (SP), der die «Erstellung einer eigenen Basler Panic App» forderte. Diese kommt zwar so nicht, doch bis in zwei Jahren ist eine eidgenössische Lösung zu erwarten. Der andere von Heiner Vischer (LDP) schlug die «Einführung des Bezahlers von Parkgebühren mit dem Handy» vor. Solche Dinge werden mit den eingeleiteten Neuerungen möglich.